

# Infoblatt 1

## Knöllchen\* für die Spekulanten!

\*Das „Knöllchen“ ist die rheinländische Form des Strafzettels. Mit ihm wird man gemahnt, zu unterlassen, was der Allgemeinheit schadet.

### Dauerhaft niedrige Zinsen

### Geldumlaufgebühr

### Verteilungsneutrales Geld

Immer mehr Menschen stoßen bei ihren Bemühungen, gesellschaftliche Widersprüche zu begreifen, auf die Konzeption der natürlichen Wirtschaftsordnung. Die Analyse und die daraus resultierenden Forderungen nach einem gegen Null tendierenden Zinsniveau leuchten schnell ein. Die Last von über 1.000 Millionen Euro, die täglich in Form von Zinsen von den Arbeitenden zu den Besitzenden fließen, ist eine unübersehbare Mahnung. Ein verteilungsneutrales Geld ist die Voraussetzung für eine soziale und ökologische Gesellschaft.

Dauerhaft niedrige Zinssätze mit einem Geld, das den Menschen und Märkten tatsächlich dient, statt sie zu beherrschen, bieten die Grundlage für viele positive gesellschaftliche Entwicklungen. Eine funktionierende Währung muß gewährleisten, dass bei gesättigten Märkten und bei ausreichender Geldversorgung das Zinsniveau langfristiger Anlagen gegen Null tendiert.

Eine Geldumlaufgebühr, wie sie die INWO fordert, garantiert einen stetigen Geldumlauf und ermöglicht daher der Europäischen Zentralbank (EZB), die Bargeldmenge aktiv zu regulieren. Dies ist eine Voraussetzung für eine inflationsfreie Währung. Gleichzeitig setzt diese Umlaufgebühr das Geldkapital unter Angebotsdruck. Das bietet Gewähr dafür, dass der Markt immer - auch bei niedrigsten Zinssätzen - ausreichend mit langfristigem Finanzkapital versorgt wird.

Wie wirkt eine Umlaufgebühr und wie oft muß sie angewendet werden?

Eine konstruktive Umlaufsicherung in Form einer Geldgebühr ist dann notwendig und sinnvoll, wenn die beiden anderen umlaufsichernden Mechanismen (der Zins und die Inflation) ihren Dienst versagen. Dies geschieht immer dann, wenn die Inflationsrate sinkt,

wodurch der Wertverlust bei Bargeldhaltung bedeutungslos wird, sowie wenn die Zinssätze fallen. Bei niedrigen Zinssätzen halten Anleger überproportional viel Finanzkapital liquide. Sie verweilen gerne in kurzfristigen Anlageformen und vermehren ihre Bargeldbestände, um bei günstigen Gelegenheiten rasch zugreifen zu können. Dieses Verhalten aber zwingt die Zentralbank, mehr Geld herauszugeben, als es für den realen Zuwachs beim Bruttosozialprodukt notwendig und wünschenswert ist. Steigen die Zinsen wieder an und wird in Folge die Geldzurückhaltung wieder aufgegeben, kann dieses überschüssige Geld inflationsfördernd wirken.

Folgeschwer ist, dass der Hang zur Liquidität ein Defizit an langfristigen Geldanlagen verursacht. Dieses Defizit vergrößert sich mit sinkenden Zins- und Inflationsraten, so wünschenswert und entlastend diese auch für die Wirtschaft sind. Bei einem allzu starken Absinken der Zinssätze kann es sogar zu deflationären Wirtschaftslagen kommen. Sowohl die Kreditverknappung als auch die Deflationsgefahr können mit einer konstruktiven Umlaufsicherung vermieden werden:

Registriert die EZB eine überproportionale Zunahme der Bargeldmenge, kann sie einzelne Stückelungen, also 50 €, 200 €, oder 500 €-Scheine zum Umtausch aufrufen. Um die Geldhalter schon im Voraus zur Freigabe der gehorteten Bestände zu motivieren, erhebt sie eine Umtauschgebühr. Die Höhe der Gebühr und die Häufigkeit der Aktion kann sie flexibel regeln. Wichtig ist, dass beide Faktoren mäßig eingesetzt werden, um das Vertrauen in die Währung nicht zu gefährden. Möglicherweise genügt schon die Ankündigung einer gebührenpflichtigen Umtauschaktion, um die Bargeldnachfrage auf das gewünschte Maß zu beschränken und eine regelmäßige Weitergabe zu gewährleisten. Der eintretende Effekt muss so groß sein, dass die nachgefragte Geldmenge dem aktuell berechneten Bedarf - also der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Um ihre Liquidität zu behalten, gleichzeitig aber der Umtauschgebühr zu entgehen, könnten die Geldhalter jetzt noch auf Girobestände ausweichen. Eine ergänzende Gebühr auf die Bestände der Girokonten sorgt für den notwendigen Anreiz, überschüssige Guthaben längerfristig auszuleihen.

Wie verändert sich das Zinsniveau?

Die Unterschiede zwischen verschiedenen Laufzeiten und den diversen Kreditkriterien bleiben in den unterschiedlichen Zinshöhen erhalten. Das Niveau der Zinstreppe wird letztlich nur nach unten verlagert. Daraus ergibt sich, dass es sich für Anleger rechnet, selbst bei niedrigen Zinssätzen langfristige Anlageformen zu akzeptieren. Es wird somit auch bei niedrigsten Zinssätzen ein ausreichendes Kreditangebot zur Verfügung stehen. Durch die Gebühren gerät das Geldvermögen unter Angebotsdruck.

Es ist leicht zu erkennen, dass ein solcher Mechanismus das überschüssige Spekulationskapital dazu zwingt, sich gegenseitig im Preis zu unterbieten.

Wer anderen gern das Geld entzieht . . .

. . . zahlt selber drauf.

Die Umlaufgebühr wird eingesetzt wie Strafzettel für falsches Parken. Beeinträchtigen Falschparker die Sicherheit im Straßenverkehr oder den Verkehrsfluss, werden sie durch kostspielige Strafzettel zur Unterlassung ihres Verhaltens ermahnt. Im Interesse aller werden jene zur Kasse gebeten, die zum eigenen Vorteil eine Störung der Übrigen in Kauf nehmen. Schmerzlich sind diese „Knöllchen“ nur für notorische Verkehrssünder. Im Bereich des Geldes trifft die Gebühr vor allem die Spekulanten und jene, die auf hohe Zinsen warten.

Wer aus spekulativen Gründen viel Bargeld hält, wird sich bei einer anstehenden Umtauschaktion überlegen müssen, ob der zu erwartende Gewinn die anfallenden Kosten erbringen wird. Gegebenenfalls wird er seinen Bargeldbestand reduzieren - zum Vorteil für die Allgemeinheit. Durch die Umtauschgebühr begrenzt sich die Nachfrage nach Bargeld, und so wird die umlaufende Geldmenge konkret, und nicht wie heute nur indirekt, steuerbar.

Welche Kosten verursacht dieses verteilungsneutrale Geld beim Verbraucher?

Für den durchschnittlichen Verbraucher sind die Gebühren für den Bargeldumtausch verschwindend gering. Geht man davon aus, dass sich die Banknoten bis zu einem Wert von 50 € kaum zur spekulativen Hortung eignen, wird ein Umtausch dieser Noten nur sehr selten notwendig sein. Doch selbst wenn der Umtausch aller Banknoten innerhalb eines Jahres ratsam erschiene, bliebe die Belastung gering.

Bei einer durchschnittlichen Bargeldhaltung von 500 € und einer Umtauschgebühr von 6% p.a. würde ein Haushalt hierfür gerade mal mit 30 € im Jahr zur Kasse gebeten. Die Belastung auf den Girokonten würde bei einem durchschnittlichen Guthaben von 1.000 € und einer angenommenen Gebühr von 5% p.a. nochmals 50 € ausmachen.

Langfristig angelegte Sparguthaben bleiben ohnehin unbelastet, behalten aber durch die Preisstabilität ihren realen Wert. Wer nach Abzug von Miete und Fixkosten nur noch geringfügige Beträge auf dem Girokonto behält, braucht entsprechend weniger zu zahlen. Firmen, die üblicherweise mit größeren Geldmengen und Kontobeständen arbeiten, müssten ihre Zahlungsgewohnheiten den veränderten Gegebenheiten anpassen, um nicht übermäßig belastet zu werden.

Bedenkt man, dass allein die Zinsen für die Konsumentenschulden jeden Haushalt im Durchschnitt mit jährlich ca. 400 € belasten und die Zinszahlungen der öffentlichen Haushalte pro Erwerbstätigen über 2.000 € ausmachen, wird deutlich, dass eine Entlastung durch sinkende Zinssätze die anfallende Umtauschgebühr um ein Vielfaches kompensiert.

Verteilt man die Last der gesamten Bankzinserträge von 382 Mrd. € (2001) auf alle Haushalte, ergibt sich ein Anteil von rund 10.600 Euro. Diese Kosten sind vermeidbar.

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um eine stabile und verteilungsneutrale Währung einführen zu können?

Um das Geld den Menschen dienstbar zu machen, braucht es keine revolutionären Veränderungen. Auch braucht niemand zu fürchten, dass er enteignet werden soll. Man muss auch nicht darauf warten, dass alle Menschen gut und einsichtig werden, um die Vorteile einer funktionierenden Geldordnung nutzen zu können. Genau genommen ist lediglich ausreichend öffentlicher Druck nötig, um die Notwendigkeit und den Willen zur Durchsetzung eines verteilungsneutralen Geldes zu dokumentieren.

Auf der politischen Ebene muss durchgesetzt werden, dass die Chancen und Risiken einer gebührengestützten Umlaufsicherung wissenschaftlich geprüft und breit diskutiert werden. Wenn die Kriterien dieses Steuerungsmechanismus ausreichend untersucht und etwaige Risiken abgewogen wurden, werden selbst die maßgeblichen Herren der Deutschen Bundesbank und der EZB ihren Widerstand gegen eine Geldreform nur schwer aufrecht erhalten können.

Die umlaufende Geldmenge gegen Gebühr zum Umtausch aufzurufen, wäre der EZB auch ohne Gesetzesänderungen schon heute möglich, da es ihrem Auftrag der Geldmengensteuerung dient. Die Gratwanderung zwischen hohen Zinsen und Inflation wäre damit überwunden.

Welche Vorteile ergeben sich aus der vorgeschlagenen Geldreform?

Die Belastungen durch die Zinsforderungen sind schier unvorstellbar. Die Summe der Zinsen, die Produzenten und Händler an die Endverbraucher weitergeben müssen, macht mittlerweile im Durchschnitt ein Drittel der Preise aus. In den Wohnungsmieten sind über 70 Prozent der Kosten reine Zinszahlungen.

Niedrige bzw. fallende Zinssätze haben positive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft:

- Sie erhöhen die Kaufkraft der arbeitenden Menschen.
- Sie bremsen die Vermögenszunahme der Reichen.
- Sie verringern die Schuldenlast der öffentlichen Haushalte.
- Sie führen zur Bildung neuer Arbeitsplätze und ermöglichen Vollbeschäftigung.
- Sie machen ökologisch sinnvolle Projekte rentabel.
- Sie senken die Baufinanzierungskosten und damit die Wohnkosten.

In Verbindung mit einer Umlaufgebühr ergeben sich diese Effekte, wenn Zins- und Inflationsraten gegen Null tendieren.

Die INWO setzt sich für eine funktionierende und gerechte Wirtschaftsordnung als Grundlage einer wirklich sozialen Marktwirtschaft ein. Sie stützt sich dabei u. a. auf die Werke des Sozialreformers Silvio Gesell und die Erkenntnisse des Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz.

Unterstützen Sie unsere Ziele mit einer Spende oder fördern Sie die Arbeit der INWO durch Ihre Mitarbeit oder eine Mitgliedschaft.

Besuchen Sie uns im Internet und fordern Sie weitere Informationsmaterialien an:  
[www.INWO.de](http://www.INWO.de)

INWO-D  
Blasiusstraße 63  
40221 Düsseldorf  
Tel.: 02 11.30 41 05  
INWO@INWO.de

Spendenkonto:  
Kto-Nr.: 604 786-607  
BLZ.: 500 100 60  
Postbank Frankfurt am Main

